

Antrag Nr. 20-F-08-0004

L&P

Betreff:

Sachstand Planungen für Hafenschule und Erich Kästner-Schule
-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 22.01.2020-

Antragstext:

Im Hinblick auf die notwendige Entwicklung der Hafenschule und der Erich Kästner-Schule und eines erheblichen Sanierungsbedarfs an den Schulen wurden seitens des Magistrats zwei Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben, die im Januar bzw. April 2014 dem Magistrat vorlagen und mit der Magistratsvorlage 14-V-40-0047 dem Ortsbeirat Wiesbaden-Schierstein zur Beratung überwiesen wurden. Die eine vorgelegte Entwicklungsvariante beließe die beiden Schulen an ihrem jeweiligen Standort. Die andere untersuchte die Variante einer Verlegung der Hafenschule auf das Schulgrundstück der Erich Kästner-Schule. Die dem Ortsbeirat 2014 vorgelegte und dort beratene Magistratsvorlage wurde nicht wie üblich in den weiteren Geschäftsgang gegeben und war deshalb auch nicht Gegenstand von Beschlussfassungen in der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen.

Aufgrund eines Antrags der Fraktion LINKE&PIRATEN war der Sachstand der Planungen in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften im August 2018 Thema. Trotz ausstehender Beschlussfassung über die Magistratsvorlage bzw. die beiden möglichen Varianten wurde seitens des Schuldezernenten die Vorlage einer Ausführungsplanung für das Frühjahr 2019 angekündigt. Mittlerweile wurde deutlich, dass die vom Ortsbeirat favorisierte, von vielen Bürgerinnen und Bürgern in Schierstein sowie der Hafenschule aber abgelehnte Variante der Verlegung der Hafenschule auf das Schulgrundstück der Erich Kästner-Schule wohl nicht realisiert werden kann. Auch das Problem mit den unzureichenden Sporthallenkapazitäten für die Schulen sowie den Stadtteil ist immer noch nicht behoben.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge über den aktuellen Sachstand der Planungen für die Neubauten an der Hafenschule und der Erich Kästner-Schule, einschließlich einer neuen Sporthalle, berichten. Dabei soll aufgezeigt werden, welche Lösungsmöglichkeiten der Magistrat sieht, was hierfür unternommen werden muss und wie die zeitliche Planung hierfür aussieht.

Wiesbaden, 22.01.2020